

Beginn der Ratstagung

Das Jubiläum in Genf

Genf, 13. Januar.

Die heute beginnende Ratstagung trägt Jubiläumsharakter. Denn vor fast genau zehn Jahren, am 16. Januar 1920, trat in Paris zum ersten Male der Rat zusammen. Die bevorstehende Tagung ist die erste, die nach der neuen Anordnung der Termine der Ratstagungen stattfindet; die erste, an der ein italienischer Außenminister teilnimmt und die erste, die unter Polens Vorschlag stattfindet. Die Tagung selbst tritt zwischen den beiden großen und innerlich mit der Arbeit und den Zielen des Völkerbundes tief zusammenhängenden Konferenzen vom Haag und London etwas in den Hintergrund. Indessen bietet sie sechs Außenministern — denjenigen Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Polens, Jugoslawiens und Finnlands — in dieser Periode schwerwiegender außenpolitischer Beratungen die wertvolle Gelegenheit zu ungezwungenem Meinungsaustausch abseits eines Verhandlungstisches.

Die Tagesordnung enthält unter ihren etwa 30 Punkten keine großen und unmittelbar aktuellen Fragen. Indessen dient sie der Vorbereitung der Völkerbundsarbeit auf verschiedenen wichtigen Gebieten, so der von Großbritannien vorgeschlagenen Konferenz zum Abschluß eines mehrjährigen Stillstands, der eine Periode von Verhandlungen zur Erleichterung des internationalen Wirtschaftsverkehrs einleiten soll. Unter den Mandatsfragen, die zur Erörterung stehen, dürfte der englische Bericht über Palästina die größte Aufmerksamkeit finden. Unter den Minderheitsfragen, die auf der Tagesordnung stehen, befinden sich wiederum die Klagen des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien.

Der heute 11 Uhr beginnenden öffentlichen Sitzung, deren Präsident Salek ist, geht, wie üblich, eine vertrauliche Sitzung zur Festlegung der Tagesordnung und der Reihenfolge voran. Es steht schon fest, daß außer den Formalitäten der Eröffnung, die auch einige Redewörter des Präsidenten für Dr. Stresemann enthalten dürfte heute zunächst die Erneuerung des

Mandats der Koordinationskommission auf ein Jahr auf die Tagesordnung kommt, ferner die bereits genannte Frage der Uebertragung eines Teiles des deutschen Sozialversicherungsfonds für den am Vollen abgetretenen Teil Oberschlesiens. Am Nachmittag soll die Erörterung der Mandatsfragen begonnen werden.

Spanien und die Marine-Konferenz

London, 13. Januar.

Times meldet: Der spanische Botschafter hat dem Staatssekretär des Reiches die Ansichten seiner Regierung über die Marinekonferenz mitgeteilt. Danach ist die spanische Regierung selbstverständlich der Ansicht, daß der Wunsch der wichtigsten Seemächte, ihre besonderen Probleme untereinander zu erörtern, vollkommen gerechtfertigt ist. Wenn aber die Frage eines Mittelmeerabkommens zur Erörterung gelange, dann wünsche Spanien als eine der unmittelbar interessierten Mächte auf der Zusammenkunft vertreten zu sein. Ähnliche Mitteilungen sind von der spanischen Regierung in Paris und Rom gemacht worden. In London wird hierzu erklärt, daß die Frage eines Mittelmeerabkommens schwerlich sofort zur Erörterung kommen wird, und daß daher die Frage der spanischen Teilnahme an der Erörterung noch nicht akut ist.

Der britische Außenminister Henderson hat den Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, ersucht, den Leiter der Abrüstungsabteilung des Völkerbundssekretariats, Eric Colban, davon zu unterrichten, daß die britische Regierung es begrüßen würde, wenn er an der Londoner Konferenz als Beobachter des Völkerbundes teilnehmen würde, ohne jedoch irgendwo in die Verhandlungen einzugreifen. Dieses Ersuchen Hendersons rührt sich auf die Ueberzeugung der britischen Regierung, daß die Londoner Konferenz auf die künftige Entwicklung der Abrüstungsfrage von größtem Einfluß sein könnte und demzufolge eine Teilnahme des Völkerbundsbeobachters erwünscht ist.

Die Internationale Bank

Zeichnung des Grundkapitals gesichert

Paris, 13. Januar.

Der Außenminister des „Petit Parisien“ im Haag berichtet, daß der Vorsitzende des Organisationsausschusses der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich, der amerikanische Bankier Reynolds, gestern im Haag den alliierten Delegationen offiziell mitgeteilt habe, daß die amerikanischen Bankiers den Vereinigten Staaten vorbehaltenen Anteil des Grundkapitals der Bank zeichnen würden.

Dieser Anteil beträgt bekanntlich 8 Millionen Dollar für jede der im Organisationskomitee vertretenen Länder. Deutschland, Frankreich, England, Italien, Belgien, Amerika und Japan würden also zusammen 56 Millionen des 100 Millionen Dollar betragenden Grundkapitals der Bank in Händen haben. Die restlichen 44 Millionen Dollar werden von den anderen unterzeichneten Mächten, Schweiz, Holland usw., aufgebracht werden.

Stahlhelm und Reichsausgleich

Berlin, 12. Januar.

Der Bundesvorstand des Stahlhelms hat gestern in Bezug auf den Reichsausgleich folgenden Beschluß gefaßt: „Der Bundesvorstand des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, billigt die Aufrechterhaltung des Reichsausgleichs und sieht in ihm den unentbehrlichen Ausgangspunkt der gesamten weiteren Freiheitsbewegung. Er ist überzeugt, daß diese Front sich zur großen nationalen Revolution erheben wird.“

Frick wird nicht Minister

Die Volkspartei hat endlich Bedenken.

Weimar, 11. Januar.

Nachdem man unter den über die Regierungsbildung verhandelnden Reichsparteien in dieser Woche zu einer Einigung über die Ministerkandidaten gekommen war und die Verifizierung der Ministerliste unmittelbar erwartet werden konnte, haben sich in letzter Stunde wiederum Schwierigkeiten ergeben. Von sozialdemokratischer Seite ist in einem Zeitungsartikel darauf hingewiesen worden, daß der als Minister vorgeschlagene Nationalsozialist Dr. Frick wegen Weisheit zu Hochverrat im Hitler-Putsch zu einem Jahr drei Monate Festungshaft verurteilt worden sei. Von dieser Tatsache ist die regierungsbildenden Parteien bisher nichts bekannt gewesen. Die Deutsche Volkspartei hält jetzt Dr. Frick als Minister nicht mehr für tragbar. Sie hat deshalb ihre Zustimmung zurückgezogen und will am Montag zur Lage erneut Stellung nehmen.

Konferenz zur Bekämpfung der Heuschreckenplage. Eine zur Zeit hier tagende Konferenz, auf der die Türkei, Ägypten, Syrien, Transjordanland und Palästina vertreten sind, berät darüber, wie die Heuschreckenplage wirksam zu bekämpfen ist.

Massenabhebung von Provinzgouverneuren in Ägypten. Acht Provinzgouverneure sind durch ein gestern erlassenes Dekret ihres Postens enthoben und durch Anhänger der Wafdpartei ersetzt worden.

Saeki reist am 22. Januar nach Deutschland. Botschafter Saeki widet kurzzeitig seine persönlichen Angelegenheiten in Newport und Louisville ab; er wird bereits am 22. Januar an Bord des „President Harding“ die Reise nach Deutschland antreten.

Das historische Hotel in Marciac (Spanien). In dem 1906 die Marocco-Konferenz tagte, ist niederabgebrannt. — In den Verhandlungen von Veltz (England) wurde ein großer Getreidebeisler durch Feuer vollständig zerstört. Der Schaden beträgt 350 000 Pfund Sterling.

Flugzeugabsturz. Sonntag nachmittag wurde im Flughafen Fuhlsbüttel bei Hamburg ein Sportflugzeug der Dämmert-Werke in etwa 60 bis 80 Meter Höhe von einer Wölfe gelöst. Die Maschine stürzte ab und wurde vollständig zerstört. Der Pilot Tomas erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf verstarb.

Wer jedoch ein besseres Reizmittel nach unfaßlicher Mühe und Not beschaffen will, der darf die Hoffnung nicht verlieren, nicht verfehlen. Mehrere in Europa sehen mit neuerer Aufsehen und Willigen. Eine dieser Aufgaben ist auch der Wasserhund. Sein Problem ist nicht gelöst: wer ein Freund des Friedens ist, wird helfen, fördern, arbeiten. Wir wollen dahin streben, daß aus dieser Aufgabe ein Tat wird.

Der Geburtstag des Völkerbundes ist mit dem Vertrag von Versailles verknüpft, denn kein Vertrag ist zugleich auch die Geburtsstunde des Völkerbundes, und wenn wir die Bilanz des einen ziehen, werden wir von selbst auch an den anderen gemahnt. Trotz allen Fortschrittes in den Beziehungen der Völker, der sich erstaunlicherweise überall verzeichnen läßt, bleibt doch immer noch die Frage, wie lange die Buchstaben und der Geist von Versailles bei der Gestaltung der europäischen Verhältnisse den Ausschlag geben werden. Finden die Sieger wirklich so hervorragend, was sie geschaffen haben? Wir brauchen unter uns über den Versailler Vertrag nicht zu rechten, nicht zu streiten. Wir brauchen es nicht, wenn wir nicht Menschen wären, die sich eben bekämpfen müssen, weil das nun einmal zur deutschen Natur zu gehören scheint. Wir haben den einen großen Fehler, selbst in wichtigen außenpolitischen Fragen der innenpolitischen Laster den Vorzug zu erteilen, so daß es scheint, als ob der eine Teil des deutschen Volkes gegen den andern steht. Wir müssen ehrlich sagen, daß wir dafür kein Verständnis haben, und wir möchten an diesem wirklich schmerzvollen Gedanktag für uns alle daran mahnen, daß wir uns auf die Einigkeit besinnen, ohne die eine Nation nicht stark sein kann und ohne die sie Elsteren ausgeliefert ist. Wenn das Volksbegehren um den Youngplan das deutsche Volk durcheinandergewirbelt hat, weil wir wieder einmal einen inneren Kampf unter außenpolitischen Gesichtspunkten ausgefochten haben, so darf daraus beileibe nicht geschlossen werden, daß wir in den Fragen uneinig seien, in denen es nur eine Meinung geben kann. Der Versailler Vertrag findet im deutschen Volke nur ein einziges Urteil, das Urteil, daß er uns als ungerechtes Diktat aufgezwungen worden ist. Dieses Urteil gilt auch für die Schuldheise, die unsere Gegner zu ihrer eigenen Rechtfertigung einfach erfinden haben, und die heute schon international entkräftet und erledigt ist. Und weiß dem so ist, sollten wir uns endlich davon befreien, dem Ausland das Bild widerlicher Zänkereit zu bieten, und wir sollten uns lieber an eine klare Begriffsbildung gewöhnen. Wenn wir uns schon auseinandersehen, dann sei es eine Auseinandersetzung um den z we d m ä ß i g e n W e g , der einzuschlagen ist, nicht um die Sache, in der sich das deutsche Volk, wenn wir an den Vertrag von Versailles denken, völlig einig ist.

Die zehn Jahre, die Europa unter dem Regime des Zwangsstatuts durchlaufen hat, sind Jahre dauernder Beunruhigung gewesen. Wir haben keinen Grund zum Optimismus, wenn wir sehen, wie sich im Haag die Staatsmänner wie Feldherren gegenübersehen, die nicht der Allgemeinheit dienen, sondern in erster Linie sehen, wie sie den andern überwinden können. Aber, es hieße doch die zehn Jahre vom 10. Januar 1920 bis zum 10. Januar 1930 falsch beurteilen, wenn man nicht zugebe, daß sich manches ganz grundlegend geändert hat. Was die allmächtigen Mächte der französischen Armee erstrebt, ist zurückgeschlagen; was zum Vermächtnis des „Tigers“ Clemenceau gehört, wird von seinen eigenen Freunden nicht mehr für durchführbar gehalten. Wenn sich heute Herr Lardieu im Haag bemühen muß, an einem „modus vivendi“ zu arbeiten — von einer „Liquidierung des Krieges“ kann noch nicht gesprochen werden —, so haben die europäischen Verhältnisse einen großen, sichtbaren Schritt nach vorn gemacht. Die Aufgabe des deutschen Volkes muß es sein, bei aller grundsätzlichen Bereitwilligkeit der Vertragserfüllung nicht aufzuhören, die Welt davon zu überzeugen, daß dieser Vertrag nicht nur politisch töricht, nicht nur sachlich ungerecht, sondern moralisch unhaltbar ist.

Der Geist der Völker ist es, von dem die ganze Zukunft abhängt. Noch können wir den Ausgang der Haager Konferenz nicht absehen, und noch können wir uns hier kein abschließendes Urteil bilden. Doch die Verhältnisse an sich in der Schwere sind, und weil jedes Moment neue Situationen die alten überrollen können. Aber eines können wir sagen: Die Abmachungen, die getroffen werden sollen, werden um so fester sein, je weiter die Staatsmänner zur wirklichen Liquidierung des Krieges vortreten, und je freimütiger sie sich selbst eingestehen, daß es nicht um das Prestige der Völker, sondern um den Frieden Europas geht. Wenn Herr Briand in der Kammer bereits Worte findet über die notwendige Zusammenarbeit der europäischen Völker, und wenn Frankreich dennoch das Recht auf neue Invasion verlangt, so wissen wir nicht, wie sich die Völker Europas zu friedlichem Wettbewerb zusammenfinden und vereinen sollen. Der Geist von Versailles hat wahrhaftig keine Berechtigung mehr. Er sollte wenigstens ausgeschaltet werden aus den Verhandlungen der Staatsmänner auch dann, wenn seine Formeln bleiben, und man soll den Mut haben, Wege zu beschreiten, die uns endlich befreien von dem Albdruck, der eine unerträgliche Last Europas ist. Wenn im Haag finanzielle Abmachungen getroffen werden, dann muß man diese Abmachungen mit den Grundfragen des ethischen Kaufmanns verbinden, daß, wer eine finanzielle Abmachung trifft, sie hält. Das politische Mittel der Sanktionen ist ein Mittel der Gewalt, das dem Frieden widerstrebt.

Moskaus neueste Schöpfung

Eine Akademie zur Bekämpfung der Religion.

Kowno, 13. Januar.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung die Gründung einer besonderen Akademie, die die Bekämpfung der Religion, auch vom wissenschaftlichen Standpunkte, zum Zweck haben soll, gestattet. Die Akademie soll ihren Sitz in Moskau haben. Die Regierung hat die notwendigen Mittel für diese Gründung zur Verfügung gestellt. Zum Rektor wird wahrscheinlich das Mitglied des Zentralausschusses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Jaroslawski, ernannt werden, der bekanntlich Führer einer religionsfeindlichen Gesellschaft ist.

Feuer im Tüzer Schloß

Schneidemühl, 12. Januar. Im Dachstuhl des Tüzer Schlosses brach gestern aus bisher unbekannter Ursache ein Brand aus, der glücklicherweise nur den ältesten Flügel (Hauptflügel) des Schlosses in Mitleidenschaft zog. Das Gebäude selbst, das bis zur Verlegung der Apostolischen Kommissariat nach Schneidemühl der Sitz des katholischen Oberhirten der Grenzmark Posen Westpreußen war, und das einen Schmuck des Deutsche-Kroner Landes darstellt, konnte gerettet werden. Es ist nur ein Teil des Dachstuhls mit einigen manсарdenartig ausgebauten Oberstufen ausgebrannt.

Von Wilddieben erschossen

Leipzig, 13. Januar. Gestern abend wurde der 25 Jahre alte Majoratsherr von Entsch, Rittergutsbesitzer Anger-Coltz, in seinem Walde erschossen aufgefunden. Vermutlich ist die Tat von Wilddieben verübt worden. Rittergutsbesitzer Anger-Coltz, der erst kürzlich geheiratet hat, entfernte sich nachmittags um 4 Uhr zu einem Kontrollgang durch sein Revier. Als er abends um 8 Uhr noch nicht zurückgekehrt war, schickte die Ehefrau Leute zur Suche aus, die in der Nähe des Elster-Wehres die Leiche aufanden.

Die russischen Organisationen in China

Schanghai, 8. Januar.

Die chinesische Regierung hat nach der Beilegung des russisch-chinesischen Streites den russischen staatsfremden Organisationen gestattet, ihre Tätigkeit in Schanghai, Peking, Mukden und Chabin wieder aufzunehmen. Die russische Regierung wird sich auf dem chinesischen Markt durch ihre Handelsbetriebe und auch durch die russischen Genossenschaften vertreten lassen. Die Zulassung der russischen Organisationen in China hat die chinesische Regierung ausdrücklich von der Bedingung abhängig gemacht, daß sich alle russischen staatsfremden Organisationen jeglicher kommunistischer Propaganda auf chinesischem Gebiete enthalten und sich unbedingt der chinesischen Rechtsprechung unterwerfen müssen. Nach weiteren Mitteilungen aus China hat die chinesische Regierung ihre Zustimmung dazu gegeben, daß die bisher geschlossene Dalbank wieder ihre Tätigkeit aufnimmt, die bekanntlich früher auf Grund eines Beschlusses der Sowjetregierung ihre Porten schloß.

Schweres Autounfall. Auf der Ruppiner Chaussee fuhr am Sonntag in Zepel bei Berlin ein vollbesetztes Privatauto, das auf der glatten Straße ins Rutschen gekommen war, mit großer Geschwindigkeit gegen einen Baum. Der Wagen wurde völlig zertrümmert. Eine 55jährige Frau, die sich unter den Passagieren befand, wurde auf der Stelle getötet, zwei Personen wurden schwer und vier leicht verletzt.

Unwetter auf den britischen Inseln. Während in Nordirland, Schottland und Nordengland schwere Schneefälle herrschten, wurde der Süden und Westen Englands von schweren Stürmen heimgesucht. An vielen Orten wurden Telegraphenleitungen geköpft, Feuerwerke zertrümmert. Täler und Ebenen sind überflutet und Wege durch umgestürzte Bäume gesperrt.

Die Weltkriegssammlung der Preussischen Staatsbibliothek. — Die Preussische Staatsbibliothek hat eine Weltkriegssammlung angelegt, die mit etwa 50 000 Bänden eine der größten ihrer Art ist und beispielsweise diejenige des Britischen Museums in London um ein Vielfaches übertrifft. Der Katalog dieser Sammlung ist jetzt abgeschlossen; die Staatsbibliothek hat dazu bei W. de Gruyter u. Co. ein Schlagwort-Repertorium erscheinen lassen, das in über 3000 Schlagwörtern den Katalog auch dem Nichtfachmann erschließt.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Zunächst vorübergehend etwas Verübung des Wetters. In den nächsten beiden Tagen aber immer noch veränderliches Wetter, bei schwankenden, für die Jahreszeit meist zu hohen Temperaturen, vorherrschend. Winde aus südlichen bis westlichen Richtungen.